

EUROPA ZUSAMMENHALTEN.

SOLIDARITÄT, GLEICHBERECHTIGUNG UND MENSCHENRECHTE STÄRKEN!

Unsere Forderungen für die Europawahlen 2019

Vorwort

Die zunehmende Spaltung Europas bereitet uns große Sorge. Die tiefen Gräben in der Asyl- und Migrationspolitik, der Brexit, die Wahlerfolge rechter Parteien, die autoritäre, antidemokratische Ziele verfolgen, die Angriffe konkurrierender Wirtschaftsnationen auf die EU, sie sind erschreckende Beispiele dafür. Doch gibt es für die Herausforderungen der Globalisierung keine einfachen, keine nationalen Lösungen. Wir brauchen europäische Antworten! Nur geeint wird sich die Europäische Union gegen die Kräfte behaupten können, die auf nationalen Chauvinismus und auf Konfrontation setzen. Und nur geeint wird sich die Europäische Union friedlich und auf Dauer behaupten können. Die Verständigung auf gemeinsame Lösungen ist eine Überlebensfrage für die Europäische Union. Diese Union ist eine große historische Errungenschaft. Sie ist seit 70 Jahren meist darin erfolgreich gewesen, Interessenkonflikte zwischen einer wachsenden Zahl europäischer Nationen auf dem Weg der Verhandlungen und Verträge auszutragen, Nationalismus und Kleinstaaterei auf friedlichem Weg zu überwinden und nicht durch Waffengewalt. Sie ist eine Wertegemeinschaft, die sich zu offenen Grenzen und partnerschaftlichem Miteinander bekennt und verpflichtet. Sie war und ist bis heute Motor für Gleichberechtigung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört zu den Grundwerten der EU. Als engagierte Bürgerinnen und Wählerinnen unterstützen wir alle, die für den Zusammenhalt der Europäischen Union und für europäische Lösungen kämpfen. Und wir fordern die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen, die geschlechterparitätische Besetzung aller Ämter und Mandate auf allen Entscheidungsebenen der EU.

Von den demokratischen Parteien in Deutschland fordern wir:

Ein starkes Bekenntnis zu einer freiheitlichen Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit

Die Europäische Union ist eine Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Sie beruht auf gemeinsamen Werten, die vertraglich festgeschrieben sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Diese Werte sind durch politische Entwicklungen in einigen EU-Mitgliedsstaaten akut gefährdet. Frauen- und Minderheitenrechte leiden unter diesen Angriffen als erste. Daher ist es oberstes Gebot für die EU, nachdrücklich und geschlossen zu diesen Werten zu stehen. Dazu gehört, dass

- /// Politik und Gesellschaft in allen Bereichen die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen verteidigen,
- /// gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, antifeministische, rassistische, antisemitische, islamfeindliche und homophobe Einstellungen und völkisch-nationale Ideologien mit einer konsequenten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik rechtskräftig verfolgt werden.

Eine proaktive Gleichstellungspolitik

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 ein Leitprinzip der EU. In der Praxis wird es aber viel zu selten sichtbar und wirksam. Das EU-Gleichstellungsrecht muss wieder zum Motor der Geschlechtergleichstellung in Europa werden. Grundvoraussetzungen dafür sind:

- /// eine widerstandsfähige verbindliche Gleichstellungsstrategie für 2019 bis 2024 mit Indikatoren und einem institutionalisierten Monitoring,
- /// die konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips in der europäischen Politik, um Gleichbehandlungen von Frauen und Männern grundsätzlich in allen Bereichen zu gewährleisten,
- /// ein deutliches Bekenntnis zum Prinzip Gender Equality im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027,
- /// die Verabschiedung der sogenannten Vereinbarkeitsrichtlinie („Work-Life Balance Directive“) und der sogenannten Führungspositionenrichtlinie („Women on Boards Directive“),
- /// die Einrichtung einer EU-Generaldirektion für Frauenrechte und Gleichberechtigung,
- /// ein geschlechtergerechter EU-Haushalt (Gender Budgeting),
- /// ein Bekenntnis zu CEDAW und den Zielen der Agenda 2030 für Nachhaltigkeit,
- /// die Einführung von Parität in Parlamenten und verbindlichen Geschlechterquoten für Führungs- und Entscheidungspositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit

Die Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft, Jahrzehnte neoliberaler Deregulierungspolitik haben das Sozialgefüge selbst in sozialen, wohlfahrtsorientierten Marktwirtschaften stark verändert. Die Kluft zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen wird immer größer. Um das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, um das extreme Protestpotential, das aus diesen sozialen Verwerfungen entstanden ist, einzudämmen, brauchen wir eine konsequente Politik der sozialen Gerechtigkeit. Diese wurde 2017 in der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ von den EU-Staats- und RegierungschefInnen proklamiert. Sie soll neue und wirksamere Rechte für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Doch müssen dieser Erklärung Rechtssetzungsakte auf europäischer Ebene folgen, die folgende Ziele miteinschließen:

- /// die eigenständige Existenzsicherung für alle,
- /// das Recht auf eine „gute“, menschenwürdige und gesundheitserhaltende Arbeit,
- /// die Aufwertung und geschlechtergerechte Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit,
- /// den garantierten Zugang zu allen Bereichen der Daseinsfürsorge,
- /// die Chancengleichheit aller bei tiefgreifenden transformativen Prozessen wie der Digitalisierung.

Eine Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem europäischen Arbeitsmarkt

Frauen wie Männer müssen in der Lage sein, sich (und ggf. ihre Kinder) selbständig zu ernähren und für Zeiten ohne eigenes Einkommen vorzusorgen. An der eigenständigen Existenzsicherung ist die Frauenerwerbstätigkeit in der EU qualitativ und quantitativ zu messen. Hierfür benötigen Frauen auf dem europäischen Arbeitsmarkt faire Chancen für eine sozialabgabengesicherte, unbefristete Beschäftigung mit ausreichendem Einkommen. Eine Steigerung der Frauenerwerbsquote auf den Umfang der Männererwerbsquote bringt die größten Wachstumspotenziale mit sich. Das belegen zahlreiche Studien. Grundvoraussetzungen dafür sind:

- /// die Entgeltgleichheit nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“,
- /// eine Neudefinition des „Normalarbeitsverhältnisses“ durch eine Reduzierung der gesetzlichen Normalarbeitszeit,
- /// Wahlmöglichkeiten für Arbeitszeiten, die sich dem Lebensverlauf wie den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen und auch unterhalb des derzeitigen Vollzeitniveaus ein existenzsicherndes Einkommen sowie berufliche Weiterentwicklungen und Karrierechancen gewährleisten,
- /// gezielte Maßnahmen zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarkts,
- /// die Steigerung der Erwerbsbeteiligung auch im Arbeitsumfang von Frauen um mindestens 25 Prozent bis zum Jahr 2025,
- /// eine gesetzliche, existenzsichernde Rente für alle.

Eine gute und geschlechtergerechte Bildung

Bildung ist ein Grundrecht. Sie ist Grundvoraussetzung für politische und gesellschaftliche Teilhabe, für die Ausübung von BürgerInnenrechten. Bildung muss allen Menschen in ihrem Lebensverlauf in ausreichender und hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dazu gehören:

- /// geschlechtergerechte Bildungschancen für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch im dritten und vierten Lebensabschnitt,
- /// die Förderung des Zugangs von Frauen zu Zukunftsberufen und Qualifikationsfeldern, insbesondere im MINT-Bereich,
- /// die Anerkennung informell und nicht-formal erworbener Qualifikationen gemäß des Europäischen Qualifikationsrahmens,
- /// eine geschlechtergerechte Sprachförderung für alle MigrantInnen und Geflüchteten.

Eine geschlechtergerechte Gesundheitsprävention und -versorgung

Gesundheitliche Versorgung ist ein Menschenrecht. Der Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem muss allen ermöglicht werden. Die Gesundheitsprävention und -versorgung muss dabei dem Standard der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gerecht werden. Sie muss folgende Aspekte umfassen:

- /// einen gesicherten Zugang zu allen Leistungen der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme für alle StaatsbürgerInnen, EinwanderInnen, Geflüchteten sowie für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität,
- /// das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gesundheit,
- /// ein Recht für alle auf Versorgung in der Schwangerschaft, während der Geburt und im Wochenbett durch Hebammen,
- /// eine Abkehr von der Medikalisierung weiblicher Lebensprozesse und der Technisierung von Schwangerschaft und Geburt,
- /// die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens. Seiner Privatisierung und Ökonomisierung muss Einhalt geboten werden,
- /// eine unabhängige Arzneimittelforschung und -zulassung, die die Wirkungsunterschiede von Medikamenten bei Frauen und Männern berücksichtigt,
- /// die Etablierung eines geschlechtergerechten Gesundheitswesens.

Eine Politik der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit

Bedingungsloses wirtschaftliches Wachstum zerstört die Welt, die Atmosphäre und die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen weltweit. Die EU als mächtiger Global Player muss sich von dieser Wachstumsideologie verabschieden und sich einer Wirtschaftspolitik zuwenden, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit ins Zentrum ihres Handelns stellt. Dazu gehören:

- /// der Schutz der Daseinsfürsorge vor profitorientierter Privatisierung. Öffentliche Versorgungsstrukturen dürfen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben,
- /// die Transformation der Produktions- und Konsummuster durch Stärkung regionaler Kreisläufe,
- /// die bewusste Gestaltung der öffentlichen Haushalte, die hinwirken auf eine ökologische, soziale und geschlechtergerechte Nachhaltigkeit.

Eine konsequente Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt in allen ihren Formen ist eines der schwerwiegendsten strukturellen Probleme unserer Gesellschaften. Dabei sind Frauen und Mädchen in besonderer Weise von sexualisierter Gewalt und Partnergewalt betroffen. Zur konsequenten Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt sind folgende Maßnahmen notwendige Voraussetzungen:

- /// die vorbehaltlose Implementierung der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt,
- /// die Einführung einer EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Verabschiedung einer verbindlichen Strategie und die vollständige Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie aus dem Jahr 2012,
- /// die konsequente Bekämpfung von Schlepperbanden und von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen und der Arbeitsausbeutung,
- /// der Zugang zu Hilfeeinrichtungen für alle Schutzsuchenden,
- /// ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes und finanziell abgesichertes Hilfesystem,
- /// die Unterstützung des ILO-Prozesses für einen verbindlichen Arbeits- und Sozialstandard „Gewalt gegen Frauen und Männer am Arbeitsplatz“.

Ein Leben in Frieden, Sicherheit und Würde für alle

Europa darf keine Festung sein, denn Abschottung bringt keinen Schutz. Nur durch Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Vielfalt lassen sich Frieden, Sicherheit und Würde für alle verteidigen. Voraussetzungen dafür sind:

- /// ein starkes Bekenntnis zu einer gemeinsamen menschenrechtsbasierten und geschlechtergerechten EU-Außenpolitik,
- /// eine konsequente Umsetzung der UNSCR 1325 (und folgende) zur Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und Schutz von Frauen in Kriegs- und Krisenfällen auf nationaler und EU-Ebene,
- /// ein gerechter Verteilungsmechanismus für Geflüchtete, der die Situation in den Aufnahmeländern ebenso wie die möglichen Lebensverhältnisse in diesen Ländern für Geflüchtete berücksichtigt,
- /// ein humanes und solidarisches europäisches Asylsystem,
- /// ein Recht auf Schutz und Asyl,
- /// eine wirksame Verhinderung von Fluchtursachen durch politische und ökonomische Maßnahmen,
- /// die Beendigung von Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete.

Schlusswort

Die EU ist weit entfernt von einer perfekten Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft. Wir müssen sie in vielen Punkten reformieren. Doch nur gemeinsam und im Rahmen der bestehenden Verträge können wir sie zu einer echten Union der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln, nur gemeinsam den Aufstieg nationalchauvinistischer, rechtspopulistischer und -extremistischer, antifeministischer und fremdenfeindlicher Kräfte verhindern, die diese Gemeinschaft zerstören wollen. Überall in Europa stehen Frauenbewegungen in diesem Kampf in der ersten Reihe. Sie tragen dazu bei, Solidarität, Gleichberechtigung und Menschenrechte in einem demokratischen Europa zu stärken. Wir rufen alle demokratischen Parteien und deren KandidatInnen dazu auf, sich diesem gemeinsamen Ziel zu verschreiben.

Berlin, 31. Oktober 2018